

# hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag



## REGIERUNGSBILANZ

FÜNF JAHRE SCHWARZ-ROT

FÜNF JAHRE STILLSTAND  
IN THÜRINGEN

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
LANDTAG THÜRINGEN

Bitte wenden.

## EDITORIAL

## INHALT

Eine Affäre kommt selten allein . . . .	3
Wirtschaftspolitik . . . . .	4
Sozialpolitik . . . . .	5
Energie und Klima . . . . .	6
Innenpolitik . . . . .	8
Umwelt und Landwirtschaft . . . . .	10
Bildung, Wissenschaft und Kultur . .	12
Bau, Landesentwicklung und Verkehr . . . . .	14
Haushalt und Finanzen . . . . .	16

*Liebe Leserin und lieber Leser,*

fünf Jahre große Koalition aus CDU und SPD neigen sich mit dem Ablauf der 5. Legislaturperiode des Thüringer Landtages dem Ende. Das ist gut so, denn außer Selbstblockaden und Zukunftsverweigerung hat die Landesregierung nichts für die Menschen in Thüringen erreicht. Zwar kann die Regierung Lieberknecht in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik mit der Welle der guten Konjunkturlage schwimmen. Bei genauerem Hinsehen sind jedoch viele politische Baustellen und Vorhaben des gemeinsamen Koalitionsvertrages offen geblieben oder wurden nur unzureichend abgearbeitet.



Von dem angestrebten „grünen Motor Thüringen“ aus dem Koalitionsvertrag von CDU und SPD kann jedenfalls nicht die Rede sein. Stattdessen mangelt es den Ministerinnen und Ministern, allen voran der CDU, an Anstand und politischer Kultur. Angesichts der zahlreichen Affären und Skandale in der Staatskanzlei war es nur folgerichtig, mit der Entlassung von Jürgen Gnauck (CDU) die Notbremse zu ziehen. Ein später Schritt, hinter dem wie schon in der Causa Zimmermann wohl eher die Angst vor dem Machtverlust im September als wirkliche Einsicht steckt.

Als Opposition haben wir die politischen Vorhaben der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen im Parlament und seinen Ausschüssen konstruktiv begleitet und zahlreiche Änderungsvorschläge unterbreitet, die Thüringen zukunftsfest gestalten würden. Dabei haben wir uns oft kompromissbereit gezeigt und über Fraktionsgrenzen hinweg gearbeitet. Denn unsere Arbeit bestimmen Inhalte, nicht Parteiengezänk!

In dieser Ausgabe zur Regierungsbilanz lesen Sie, wo in Thüringen auch weiterhin der Schuh drückt und grüne Politik gebraucht wird. Und wir nehmen die Aussagen des Koalitionsvertrages in den Blick, um zu zeigen, welchen Wert die Vereinbarungen fünf Jahre nach seiner Vereinbarung haben.

Eine gute Lektüre wünscht

*Ihre Anja Siegesmund  
Fraktionsvorsitzende*



### *Koalitionsaussagenbarometer*

In dieser Bilanz nehmen wir den 2009 zwischen CDU und SPD geschlossenen Koalitionsvertrag unter die Lupe. Welche Vorhaben erfüllt wurden, welche nur unzureichend umgesetzt oder überhaupt nicht bearbeitet worden sind, zeigt Ihnen auf den folgenden Seiten anschaulich unser „Koalitionsaussagenbarometer“.

### *Von zwei Seiten betrachten...*

... kann man die Ausgabe unserer Fraktionszeitung „hinterGRÜNde“. Wir wollen die Bilanz der Thüringer Regierung kritisch betrachten und unsere grüne Arbeit im Parlament gleich mit.

Noch mehr Infos gibt es, wenn man den Grünlinks ([gruenlink.de/7di](http://gruenlink.de/7di)) folgt oder die QR-Codes mit einem Smartphone scannt. Im Netz bieten wir unsere Fraktionszeitung auch in digitaler Form an.



# Eine Affäre kommt selten allein

Die Affären und Skandale der Landesregierung zeigen:

Eine andere politische Kultur ist nötig und möglich.

## Zimmermann-Affäre

Mai 2013 – September 2013

Trotz eines direkten Anschlussjobs in der Privatwirtschaft entlässt Lieberknecht ihren damals 37-jährigen Regierungssprecher und sichert ihm so sofortige Pensionszahlungen aus dem Landeshaushalt zu. Die grüne Partei erstattet Anzeige gegen Lieberknecht wegen des Verdachts der Untreue. Die Staatsanwaltschaft ermittelt daraufhin mehrere Monate.

## Machnig-Affäre

September 2013 – November 2013

Minister Machnig (SPD) soll 150.000 Euro unberechtigt als Ruhestandsgehälter erhalten haben. Die FDP erstattet Anzeige. Machnig tritt als Wirtschaftsminister zurück und widmet sich dem Europawahlkampf der SPD.

## Schöning-Affäre

Oktober 2013 – Mai 2014

Gegen Ex-Minister Jürgen Schöning (CDU) wird wegen Betrugs ermittelt. Auch er hat wie Minister Machnig doppelt kassiert.

## Gnauck-Affäre I: Gesundheitsversorgung

Oktober 2013 – Mai 2014

Als Nachfolger von Jürgen Schöning stellt Lieberknecht Jürgen Gnauck ein, obgleich dieser gegen die Staatskanzlei wegen gestoppter Zahlungen zur Gesundheitsversorgung klagt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt erneut wegen Untreue.

## Gnauck-Affäre II: Symbion AG

November 2013 – Dezember 2013

Gnauck hat der Landesregierung seinen Aufsichtsratsposten bei der Beraterfirma Symbion AG nicht mitgeteilt. Erst auf öffentlichen Druck legt er den Posten nieder.

## Elefanten-Affäre

Januar 2014

Der Zentralabteilungsleiter im Umweltministerium Udo W. macht in Botswana einen Jagdausflug und brüstet sich vor seinen Kolleginnen und Kollegen mit dem Foto eines von ihm erlegten Elefanten. Minister Reinholz wiegelt ab, eine bundesweite Welle der Empörung nimmt ihren Lauf. Erst dann wird der Zentralabteilungsleiter in den Ruhestand versetzt.



Mitarbeiter des Umweltministeriums auf Elefantenjagd

## Gnauck-Affäre III: Sekretariat

April 2014 – Juli 2014

Minister Gnauck beschäftigt seine Sekretärin von seinem ehemaligen Arbeitgeber E.ON in der Staatskanzlei als Leiharbeiterin weiter. Sie wird ebenfalls über den Haushaltstitel „Vermischter Sachaufwand“ und weit über Tarif bezahlt. Anfang Juli nimmt Ministerpräsidentin Lieberknecht schließlich sein Rücktrittsangebot an. Die Stelle des Staatskanzleiministers bleibt bis zur Landtagswahl unbesetzt. Durch seine zweite Amtszeit als Minister erhält Gnauck Anspruch auf Ruhestandsbezüge von monatlich mehr als 4.000 Euro.

## Schwarzbau-Affäre und die Freundschaftsdienste des Roland Richwien

Mai 2014 – Juni 2014

Umweltstaatssekretär Roland Richwien (CDU) steht im Verdacht, Insider-Informationen aus dem Ministerium zum eigenen Vorteil genutzt zu haben. Zudem hat er auf seinem Privatgrundstück einen Schwarzbau errichtet.

# WIRTSCHAFTSPOLITIK

## KURZE IMPULSE STATT KLARER ZIELE



Anja Siegesmund

Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit und Wirtschaft

Kreative Unternehmen und engagierte Arbeitnehmer/innen machen Thüringens Wirtschaft erfolgreich. Die Landesregierung hat ihr eigenes Ziel, diese zu fördern und Thüringen zu einem der attraktivsten und besten Green-Tech-Standorte zu machen, nicht erreicht.

Ohne den politischen Willen und die notwendige Unterstützung für erneuerbare Energien kann Thüringen nicht zu einem der attraktivsten und besten Green-Tech-Standorte, zum „Grünen Motor“ werden. Den eingeforderten, länderübergreifenden industriepolitischen Dialog zur Zukunft der Solarbranche hat die schwarz-rote Regierung nicht auf den Weg gebracht. Die Ministerpräsidentin persönlich unterstützt dagegen den schmutzigsten Energieträger Braunkohle und verweigert der Windkraft eine Zukunft in Thüringen. Die Förderung des naturnahen Tourismus und der ökologischen Landwirtschaft blieb aus, gleichzeitig geht die Asphaltierung und Betonierung der Thüringer Landschaften ungebremst weiter.

Der Austausch zwischen Unternehmen und Hochschulen und die Förderung der Innovationskraft von Thüringens kleinen und mittelständischen Unternehmen blieben auf der Strecke.

### *Wirtschaftswachstum ist nicht alles*

Hinter all dem zeigt sich, dass die Landesregierung stets allein auf kurzfristiges Wirtschaftswachstum setzte und die sozialen und ökologischen Faktoren der Entwicklung von Lebensqualität kaum wahrnahm. Gleiches gilt auch für das nach wie vor feststellbare mangelnde Engagement hinsichtlich einer Gleichstellung und Frauenförderung sowie im Management der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Auch an weiteren Stellen hat die Landesregierung versagt: Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit hat sie zu lange ausgeblendet. Und der drohenden Fachkräftemangel hat sie zu spät und zu zaghaft Programme zum Ausbau von Qualifizierungsangeboten, für bessere Arbeitsbedingungen sowie zur Fachkräfteanwerbung entgegengesetzt.

## ... und was stand im Koalitionsvertrag?

*„Es soll eine ‚Konzertierte Aktion Wachstum, Beschäftigung, Innovationen für Thüringen‘ auf den Weg gebracht werden, in der mit Wirtschafts- und Gewerkschaftsverbänden etc. alle Möglichkeiten und Instrumente zur Sicherung von Wachstum, Beschäftigung und Investitionen erörtert und vereinbart werden.“*



Sogar die Gewerkschaften loben das Engagement von Ex-Minister Machnig. Höhn hingegen sehen sie vor allem auf „Kuschelkurs mit den Arbeitgebern“ – damit herrscht trotz einst positivem Engagement Stillstand.

*„CDU und SPD wollen die Innovationskraft und somit die Technologieintensität unserer Wirtschaft weiter steigern. Eine wichtige Aufgabe ist es, den Zugang der kleinen und mittleren Unternehmen zu Wissen und Technologie zu erhöhen.“*



Das ist bisher nur eingeschränkt gelungen, weil die dafür wichtige Kooperation von Wirtschafts- und Bildungsministerium misslang. Die Innovationfähigkeit der kleinen und mittelständischen Unternehmen wird durch die mangelnde Klarheit ihrer Fördermöglichkeiten sowie den unzureichenden Wissenstransfer aus Forschung und Entwicklung gebremst.

*„Grüne Technologien wollen die Koalitionspartner ausbauen. Thüringen soll führender Standort einer der wichtigsten Leitmärkte zu Beginn des 21. Jahrhunderts werden.“*



Der Anspruch ist hoch. Allerdings ist nicht ganz offensichtlich, inwiefern die Landesregierung grüne Technologien in besonderer Weise gefördert hat. Die Thüringer Solarbranche ist größtenteils insolvent, einen industriepolitischen Dialog zu ihrem Schutz gibt es nicht. Die Ministerpräsidentin hat sich vielmehr für die umweltschädliche Braunkohlewirtschaft in Ostdeutschland stark gemacht.

Demonstration für den Erhalt des Solarstandortes am Erfurter Kreuz und die Rettung von Bosch Solar.



# SOZIALPOLITIK

## DRÄNGENDE PROBLEME NICHT ANGEANGEN

Die schwarz-rote Landesregierung hat in fünf Jahren viele drängende sozialpolitische Fragen schlichtweg ignoriert oder nur halbherzig angegangen. Sie hat es nicht geschafft, die versprochene Novellierung des Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erreichen. Hier werden 370.000 Menschen in Thüringen seit Jahren im Regen stehen gelassen. Familien werden in Thüringen weiterhin mit Almosen abgespeist, statt ihnen wirklich zu helfen.

### Hebammenversorgung und Kinderarmut ungelöst

Mit Blick auf politische Maßnahmen für einen guten Start ins Leben legt die Landesregierung eine besonders schlechte Bilanz vor. Die Haftpflichtproblematik für die Hebammen in der freien Geburtshilfe wird konsequent vernachlässigt und ignoriert. Damit gefährdet die Landesregierung nicht nur das Frühwarnsystem der Familienhebammen, sondern riskiert eine Unterversorgung bei der Betreuung von werdenden Eltern. Gleichzeitig wurde der Kinderschutz in Thüringen nicht verbessert, sondern allenfalls verwässert.

In Kommunen wie Gera ist jedes dritte Kind nach wie vor von Kinderarmut betroffen. Zwar hat die Landesregierung endlich erkannt, dass benachteiligte Väter und Mütter nur schwer auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können, jedoch sind gezielte Beschäftigungsprogramme jenseits der „Projektitis“ nicht in Sicht. Das gilt auch für ältere Langzeitarbeitslose und Menschen ohne Schulabschluss, die scheinbar überhaupt nicht in den Fokus von Maßnahmen gerückt sind.

Verlässliche Angebote für Kinder und Jugendliche in Thüringen fehlen nach wie vor, obschon die Landesregierung diese im Koalitionsvertrag versprochen hatte. Die Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“ wurde nicht, wie versprochen, in einem gesetzlichen Rahmen verankert.

Die für die professionelle Beratung unentbehrlichen Pflegestützpunkte finden sich auch weiterhin nur in Jena und Nordhausen. Dabei ist der Bedarf im Pflegebereich enorm. Hier verpasste die Koalition eine zukunftsfähige Pflegestrategie für Thüringen auf den Weg zu bringen.

## ... und was stand im Koalitionsvertrag?

*„Um bürgerschaftliches Engagement zu befördern, soll die Ehrenamtlichkeit aufgewertet werden, die ehrenamtlich Tätigen sollen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt werden. CDU und SPD unterstützen die Arbeit der Thüringer Ehrenamtsstiftung und sichern deren angemessene Ausstattung.“*

Die Ehrenamtsstiftung wird finanziell unterstützt, ist aber bei weitem nicht ausreichend zur Förderung von freiwilligem Engagement in Thüringen. Ein Bildungsfreistellungs-gesetz wäre ein wirkliches Zeichen gewesen.

*„Die Koalitionspartner stimmen überein, den Kinder- und Jugendschutz weiter zu optimieren. CDU und SPD werden sich dafür einsetzen, dass die Beteiligten noch besser zusammenarbeiten. Die Koalitionspartner werden hierfür die bestehenden Netzwerke ausbauen.“*

Interessant, denn bei der Novellierung des Früherkennungsgesetzes wollte die Landesregierung die Zusammenarbeit aller Beteiligten erst verschlechtern. Eine Lösung für die Schnittstellenproblematik und eine durchdachte Präventionskette fehlen.

*„Im Bewusstsein der demographischen Entwicklung stimmen die Verhandlungsparteien überein, dass die Wertschätzung der Altenpflegeberufe und ihr Ansehen verbessert werden müssen. Dazu gehört der Einsatz für eine adäquate, tariflich gesicherte Entlohnung.“*

Die Wertschätzung der Altenpflegeberufe und ihr Ansehen sind nicht merklich verbessert worden. Der Einsatz für eine adäquate, tariflich gesicherte Entlohnung ist nicht spürbar, was ein Hauptgrund für die weitere Abwanderung der Thüringer Pflegekräfte in andere Bundesländer ist.

*Anja Siegesmund unterstützte die mehrfachen Hebammenproteste in Thüringen, hier bei einer Demonstration in Erfurt.*



# ENERGIE UND KLIMA –

## VIEL RAUCH UM NICHTS

Es ist viel Zeit vergangen, zu viel Zeit unter Schwarz-Rot mit Christine Lieberknecht an der Spitze. Nüchterne, energiepolitische Bilanz nach fünf Jahren Regierungstätigkeit: Wir sind in Thüringen weit entfernt von einem wirksamen Klimaschutz. Wir haben einen überdurchschnittlich hohen Ausstoß von Kohlendioxid im Verkehr und der Ausbau erneuerbarer Energien hat sich deutlich verlangsamt. Die Photovoltaikindustrie als eine der Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts verabschiedet sich aus Thüringen und die Landesregierung sieht dem tatenlos zu. Wo Aufbruch mit einer stabilen Parlamentsmehrheit hätte stehen sollen, findet sich nur Stagnation ohne Impulse und das Weitergehen auf ausgetretenen Pfaden.

### *Orientierungslose Energie- und Klimapolitik*

Will man dieses Scheitern beschreiben fällt auf, wie die Politik der Landesregierung in völlig unterschiedliche Richtungen gelaufen ist. Die Landesregierung hat es nicht vermocht einen ressortübergreifenden Prozess für Klimaschutz mit der Energiewende als wichtigstem Instrument zu installieren. In Erinnerung bleiben die Blockademinister Carius und Reinholz (beide CDU) mit einem unzureichenden Landesentwicklungsplan, einer autofixierten Verkehrspolitik und Stimmungsmache gegen die Windkraft. In der ständigen Spannung mit dem SPD-geführten Wirtschaftsministerium ist nicht mehr übrig geblieben als zerstreute Aktivitäten, wie die Gründung der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur, die ihre Strahlkraft für den Freistaat bisher noch nicht entfalten konnte.

Ganz besonders wurde es versäumt, die lokale Ebene bei Klimaschutz und Energiewende in den Vordergrund zu rücken. Hier fehlt es nach wie vor

an einer konzentrierten und flächendeckenden Unterstützung zur Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen in den Thüringer Landkreisen und Kommunen. Stattdessen ist das fruchtlose Warten auf Entscheidungen aus Brüssel und Berlin gängige Thüringer Energiepolitik. Bei anstehenden Entscheidungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das den Rahmen auch für Thüringen bestimmt, hat sich Thüringen weder Bündnispartner/innen gesucht noch hat man sich für die Thüringer Unternehmen der Erneuerbare-Energie-Branche wirkungsvoll eingesetzt. Statt Thüringen wie im Koalitionsvertrag beschrieben zum Modellstandort zu entwickeln, ist es in fünf Jahren nicht gelungen, eine eigenständige Klima- und Energiepolitik zu entwickeln und diese umzusetzen.

### *Thüringens Potenziale bleiben ungenutzt*

Da, wo sich Diskussionen um die Energiewende und mögliche Projekte seit 2011 entwickelt haben, begab sich Schwarz-Rot auf Tauchstation. Der Runde Tisch zum geplanten Pumpspeicherkraftwerk Schmalwasser ist ein Bild für den Bedarf, den die Bürgerinnen und Bürger zur Umsetzung der Energiewende haben. Diesen fachlichen Meinungsaustausch auch zu anderen Projekten jenseits offizieller Planungsverfahren auf den Weg zu bringen, hat diese Landesregierung verschlafen. Prozentziele zum Ausbau erneuerbarer Energien in die Welt zu setzen ist leicht, aber die Diskussionsaufgabe mit den Bürgerinnen und Bürgern zu bewältigen, dazu war Schwarz-Rot nicht in der Lage.

Was bleibt, ist das Bild einer erstarrten Landesregierung, die viel versprochen hat, aber nicht in der Lage war Thüringens Potenziale in der Energiewende zu nutzen.



*Dirk Adams*

Sprecher für Innenpolitik, Energie, Technologie und Tourismus, Mitglied im Untersuchungsausschuss 5/1, Stv. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 5/2



*Protestaktion mit CAMPACT gegen die Einführung einer „Sonnensteuer“ und für ein Thüringer Klimaschutzgesetz. Unser Eisbär war immer mit dabei.*



## ... und was stand im Koalitionsvertrag?

*„Die Nutzung der erneuerbaren Energien soll in Thüringen auch in Zukunft signifikant über dem Bundesdurchschnitt liegen. CDU und SPD streben in Thüringen einen Anteil von 35 Prozent erneuerbarer Energie an der Stromproduktion und -nutzung bis 2020 an.“*



Thüringen hat im Ranking der Bundesländer erheblich eingebüßt. Zwar wurden nach Fukushima die Ausbauziele medienwirksam auf 45 Prozent Erneuerbare an der Stromproduktion angehoben. Aber nachdem Thüringen die wiederholten Änderungen am EEG klaglos mitträgt, rücken die eigenen Ziele in unerreichbare Ferne. Hinzu kommt, dass Kabinettsentscheidungen nicht durch eine ressortübergreifende Arbeit unterstützt werden.

*„Der Freistaat errichtet eine Thüringer Energie-, Klima-, und Green-Tech-Agentur als ein zentrales Informations- und Demonstrationszentrum für erneuerbare Energien und grüne Technologien.“*



Die Einrichtung der ThEGA war ein wichtiger Schritt, den andere Bundesländer (unter anderem Sachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen) schon lange vor uns gemacht haben. Allein ihre Schlagkraft ist mit neun Mitarbeiter/innen sehr beschränkt und nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Rahmen einer grünen Klima- und Energiepolitik wäre die ThEGA die wichtigste Schaltstelle zwischen Freistaat und Kommunen, Unternehmen sowie Bürger/innen.

*„Es wird ein Energieeffizienzprogramm für Thüringen erarbeitet, das Effizienzpotenziale bei Gebäuden, in der Industrie und anderen Bereichen identifizieren und durch gezielte Maßnahmen ausschöpfen soll.“*



Das Programm wurde viel zu spät aufgelegt und fördert lediglich die Energieberatung. Investitionen in Effizienzmaßnahmen wurden damit kaum ausgelöst.

*„CDU und SPD werden die für die Integration von erneuerbaren Energien notwendige Infrastruktur bedarfsgerecht voranbringen.“*



Beim Thema Netzausbau ging die CDU jahrelang in Deckung, entdeckt das Thema aber im Wahlkampf für sich. So wird seit Anfang 2014 gegen eine im Bundesbedarfsplan festgestellte HGÜ-Trasse opponiert. Auch das Projekt für ein Pumpspeicherwerk Schmalwasser gerät jetzt in den Wahlkampf und wird von der CDU bekämpft, obwohl deren Vertreter/innen nicht an einem der bisher zwölf Runden Tische teilgenommen haben.

*Fraktion und Partei kämpfen gemeinsam für 100 Prozent erneuerbare Energien im Freistaat.*



## INNENPOLITIK – NICHT EINMAL „REFÖRMCHEN“



*Dirk Adams*

Sprecher für Innenpolitik, Energie, Technologie und Tourismus, Mitglied im Untersuchungsausschuss 5/1, Stv. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 5/2

Auf der Basis der „Erklärung für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen“ hat die Landesregierung tatsächlich das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ aufgelegt, durch das das bürgerschaftliche Engagement gestärkt werden und die Struktursicherung der bisherigen Projekte gewährleistet werden sollte. Dieses Programm wurde leider nicht als Programm gegen Rechts-Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeitet, obwohl zum damaligen Zeitpunkt erhebliche Kritik am Festhalten an den Grundsätzen der unsäglichen Extremismustheorie von unserer Seite geübt wurde. Das Festhalten daran hat sich im Freistaat trotz stetiger Kritik bislang nicht geändert.

Groß angekündigt wurde von der Landesregierung eine Polizeistrukturreform. Wirklich neu ist an der Struktur, dass eine Landeseinsatzzentrale geschaffen wurde, die sich erst bewähren muss. Ansonsten wurden die bisherigen Landespolizeidirektionen als Inspektionen umetikettiert und das LKA sowie die Bildungseinrichtungen von einer Reform ausgeklammert.

### *Freiheitsrechte brauchen Schutz*

Mit der Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes hat die Landesregierung erneut nachrichtendienstliche Mittel in die Hände der Polizei gegeben. Von Experten ist es als verfassungswidrig eingestuft worden, Kirchenvertreter/innen und Anwältinnen und Anwälten sehen den Schutz des Berufsgeheimnisses bedroht und der umstrittene Staatstrojaner wurde legitimiert. Der grüne Änderungsantrag weicht hingegen ab von einem Generalverdacht und setzt Eingriffen in die Grundrechte enge Grenzen.

Ähnlich nachlässig ist die Landesregierung mit den Freiheitsrechten bei der Neuerung des Ordnungsbehördengesetzes umgegangen. Kommunale Ordnungsbehörden können auf dieser Grundlage ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen erlassen. Diese Regelung ist unverhältnismäßig und wurde in unserem Änderungsantrag gestrichen.

Es besteht ein dringender Bedarf für eine Neuregelung der Kommunalabgaben. Unsere Fraktion sah bereits 2010 die Notwendigkeit. In diesem Jahr haben wir zusammen mit der Fraktion DIE LINKE einen Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge eingebracht. Dieser hatte das Ziel, die Abgaben gerechter und einfacher für Bürger/-innen und Kommunen zu gestalten. Selbst bei der Novellierung im Jahr 2013 hat es die Landesregierung verpasst, endlich Belastungsklarheit und Vorhersehbarkeit der Gebühren für die Bürger/-innen herzustellen.

### *Vorschläge für mehr Demokratie abgelehnt*

Die Landesregierung beabsichtigte in dieser Legislatur Klarheit über die bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen. Klar ist nun, dass die Landesregierung nichts für eine Stärkung der direkten Demokratie getan hat. Entgegen unserer Bestrebungen besteht nach wie vor ein Finanztabu für Volksbegehren sowie die Kostenpflicht von Bürgerbegehren in freier Sammlung und auch gegen eine Einführung von Ratsbegehren weigert sich die Landesregierung. Thüringen bildet nach wie vor das bundesweite Schlusslicht bei der Anwendung von Bürgerbegehren (Drs. 7192).

*Im Einsatz gegen Rechtsextremismus bei Plakataktionen zu „Dresden nazifrei“ (links) und im NSU-Untersuchungsausschuss (Mitte). Im Dialog über die Polizeireform mit Vertreterinnen und Vertretern der Thüringer Polizei (rechts).*





## Nachsitzen bei Tourismusförderung

Die Landesregierung hatte sich vorgenommen, die touristische Infrastruktur gezielt auszubauen. Doch es besteht noch erheblicher Nachholbedarf. Der Thüringer Radtourismus besitzt ein großes

Potenzial, das bisher nicht ausgeschöpft wurde – denn dazu brauchen wir ein umfangreiches Radwegenetz und eine angepasste Verknüpfung zum ÖPNV. Auch der Barrierefreiheit der touristischen Infrastruktur hat sich die Landesregierung bisher nur ungenügend angenommen.

## ... und was stand im Koalitionsvertrag?

*„Es besteht Einigkeit, dass das Thüringer Innenministerium bis Ende 2010 eine Strukturreform erarbeitet, um etwaige Optimierungspotenziale freizusetzen.“*



Obwohl das LKA ca. 670 Beschäftigte umfasst, wurde es von der Strukturreform ausgenommen. Das Problem, dass die Thüringer Polizei über zu wenig qualifizierte Nachwuchskräfte verfügt, konnte nicht gelöst werden.

*„Das Polizeiaufgabengesetz wird novelliert, dabei wird insbesondere auf den unantastbaren Schutz des Kernbereichs geachtet.“*



Das Gesetz wurde zwar novelliert, die Landesregierung hat damit aber der Vernachrichtendienstlichung Vorschub geleistet. Expertinnen und Experten schätzen das neue Gesetz als verfassungswidrig ein.

*„Beide Seiten stimmen überein, die Regelungen des bestehenden Informationsfreiheitsgesetzes in dieser Legislatur zu evaluieren und zu novellieren sowie die Informationsfreiheitsrechte zu stärken.“*



Die Novelle des Informationsfreiheitsgesetzes wird dem Anspruch auf Informationsfreiheit nicht gerecht und enthält keine benutzerfreundlichen Regelungen für ein zentrales Informationsregister.

# UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT – AUSSITZEN, VERSCHLAFEN UND VERTAGEN



*Dr. Frank Augsten*

Stv. Fraktionsvorsitzender,  
Sprecher für Landwirtschaft,  
Umwelt, Verbraucherschutz  
und Gentechnik sowie  
Gleichstellung

Der Umwelt- und Naturschutz blieb im CDU geführten Umwelt- und Landwirtschaftsministerium in dieser Legislatur wieder einmal auf der Strecke. Wichtige Gesetzesinitiativen wie die Novellierung des Thüringer Naturschutzgesetzes und des Thüringer Wassergesetzes wurden auf unbestimmte Zeit vertagt. Auch bei der Umsetzung von EU-Umwelt- und Naturschutzvorgaben hinkt Thüringen gewaltig hinterher. Mit einem „Weiter so“ werden wir die Ziele der Thüringer Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsstrategie nicht erreichen.

## *Hochwasserschutz verschlafen*

Die Landesregierung hat den natürlichen Hochwasserschutz jahrzehntelang verschlafen oder gänzlich ignoriert. Erst eine erneute Jahrhundertflut hat 2013 zu einem scheinbaren Umdenken geführt. Wir brauchen einen Mix aus technischen und ökologischen Hochwasserschutzmaßnahmen. Dabei ist dem vorbeugenden Hochwasserschutz eine stärkere Priorität einzuräumen als bisher. Um unsere langjährige Forderung durchzusetzen, den Flüssen mehr Raum zu geben, brauchen wir neben dem Umdenken in der Politik auch die Kompromissbereitschaft der Gesellschaft. Insbesondere die Landwirtschaft spielt hier eine wichtige Rolle.

## *Kali-Altlasten werden zum Haushaltsrisiko*

Die Landesregierung hat beim Abschluss des Generalvertrages zur Altlastensanierung in Thüringen 1999 mit dem Bund kein greifbares Worst-Case-Szenario für die damals noch nicht abschätzbaren Kosten vereinbart. Die jetzige Situation, dass sich der Bund für die weitere Sanierung der ökologischen Altlasten nicht mehr verantwortlich sieht, ist für Thüringen fatal. Die

Sanierung weiterer Altlasten wird zum unkalkulierbaren Risiko und kann zukünftige Haushalte sprengen. Nachverhandlungen werden von Seiten des Bundes abgelehnt. Thüringen muss mit dem Bund in Verhandlungen eintreten und eine Beteiligung an den weiteren Kosten für die Sanierung der Kali-Altlasten einfordern.

## *CDU lehnt weiteres Biosphärenreservat im Südharz ab*

CDU und SPD vereinbarten 2009 in ihrem Koalitionsvertrag, dass die Landesregierung bis 2012 die Einrichtung eines Biosphärenreservats im Südharz prüft. In einen moderierten Diskussionsprozess sollten die Bürgerinnen und Bürger der Region ebenso wie Wissenschaft, Wirtschaft und Tourismus einbezogen werden. Die Forderung, die einzigartige Gipskarstlandschaft in Nordthüringen hin zu einem Biosphärenreservat zu entwickeln, wurde von der Landesregierung ignoriert. Anstatt wie im Koalitionsvertrag vereinbart in einen Diskussionsprozess einzusteigen und Aufklärungsarbeit zu leisten, wurde das Thema einfach unter den Tisch gekehrt. Die CDU-Fraktion hat sich immer wieder klar gegen das Biosphärenreservat ausgesprochen.

## *Verteidigung der industriellen Intensivtierhaltung*

Anstatt die Ansiedlung von industriellen Intensivtierhaltungsanlagen zu unterstützen, brauchen wir eine Landwirtschaftspolitik, die das Tierwohl und den Schutz der natürlichen Ressourcen stärker in den Mittelpunkt stellt. Mit seinem Unverständnis für die Gründung von Bürgerinitiativen gegen den Bau von überdimensionierten Tierhaltungsanlagen hat sich Landwirtschaftsminister Reinholz in aller Öffentlichkeit disqualifiziert.

„Ernährung ist eine Frage der Haltung“ – Dr. Frank Augsten und Anja Siegesmund im Einsatz gegen industrielle Tierhaltung in Thüringen.



Durch das Fehlen verlässlicher Rahmenbedingungen hat die Landesregierung positive Entwicklungen im Wachstumsfeld des ökologischen Landbaus verspielt. So ist die Fläche des ökologischen

Landbaus seit 2013 in Thüringen gesunken. Das Aussetzen der Umstellungsförderung 2013 war ein fatales Signal.

## ... und was stand im Koalitionsvertrag?

*„Die Koalitionspartner vereinbaren, dass die Landesregierung bis 2012 die Einrichtung eines Biosphärenreservats Südharz prüft.“*



Ein Diskussionsprozess wurde vor allem aufgrund der Blockadehaltung der CDU-Fraktion nicht durchgeführt. Dem Ziel eines länderübergreifenden Biosphärenreservates ist die Landesregierung kein Stück nähergekommen.

*„Das Thüringer Hochwasserschutzprogramm fortzuschreiben und finanziell angemessen auszustatten. Insbesondere soll die Rückhaltefunktion der Flussauen verstärkt werden.“*



Ein beschlossenes Thüringer Hochwasserschutzprogramm gibt es nicht. Der natürliche Hochwasserschutz wurde vernachlässigt. Die Mittel für den Hochwasserschutz sollen erst mit dem Haushalt 2015 aufgestockt werden.

*„Auf Bundes- und Europaebene widersetzen sich CDU und SPD jeder Benachteiligung der Landwirte in Thüringen.“*



Die Landesregierung hat sich zwar gegen Benachteiligungen ostdeutscher Großbetriebe eingesetzt. Eine stärkere Umverteilung der EU-Mittel von Direktmaßnahmen (Säule I) zu Agrar- und Umweltmaßnahmen (Säule II) erfolgte dagegen nicht.

*„Der ökologische Landbau steht gleichberechtigt neben der traditionellen Landwirtschaft; beide Bereiche dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“*



Der Ökolandbau wurde sträflich vernachlässigt. Die Anbaufläche ist sogar zurückgegangen. 2013 wurde zudem die Umstellungsförderung ausgesetzt.

*„Die gegenwärtig laufenden Nachverhandlungen mit dem Bund haben zum Ziel, die Bundesbeteiligung an den im Generalvertrag vereinbarten Sanierungsprojekten dem bei der Umsetzung gemeinsam ermittelten gestiegenen Kostenrahmen anzupassen.“*



Die Landesregierung hat beim Abschluss des Generalvertrages zur Altlastensanierung in Thüringen mit dem Bund kein greifbares Worst-Case-Szenario für die damals noch nicht abschätzbaren Kosten vereinbart. Die Sanierung weiterer Altlasten, ausgenommen Wismut, wird zum unkalkulierbaren Risiko und kann zukünftige Haushalte sprengen.



*Grotesk: Umweltminister Jürgen Reinholz feiert auf der Grünen Woche Thüringens Lebensmittelindustrie, rät Gegner/innen der Schweinemastanlage Immenrode aber gleichzeitig, in die Karibik auszuwandern.*



# BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR – KLEINSTER GEMEINSAMER NENNER BREMST ÜBERFÄLLIGE REFORMVORHABEN



**Astrid Rothe-Beinlich**

Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik

Thüringen solle „Bildungsland Nummer eins“ werden. Dieses Motto rief Bildungsminister Christoph Matschie zu Beginn der Legislatur aus – scheinbar wenig bescheiden und ambitioniert. Doch wie viel ist davon nach fünf Jahren Koalitionshack übrig geblieben? Wir Bündnisgrünen ziehen Bilanz:

Nach etwas Anlaufzeit wurde im Jahr 2010 das vom Volksbegehren und der Thüringer Landeselternvertretung Kindertagesstätten (TLEVK) initiierte und von uns unterstützte Kitagesetz durch alle Fraktionen im Landtag verabschiedet und damit der Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kitaplatz ab dem 1. Geburtstag geschaffen. 2400 zusätzliche Erzieherinnen wurden eingestellt. Doch schnell wurde klar, dass die Mehrkosten für die Kommunen keineswegs transparent und nachvollziehbar gegenfinanziert wurden. Stattdessen verschwand das Geld im kommunalen Finanzausgleich. Viele Kommunen sahen sich gezwungen, ihre Kitagebühren zu erhöhen und die Landesregierung gab sich ahnungs- und schuldlos.

Anstatt jedoch die vielen übrigen Herausforderungen in der frühkindlichen Bildung anzupacken, wie zum Beispiel die Verbesserung der Betreuungsschlüssel, den Ausbau der Fachberatung oder die Erhöhung des Männeranteils bei den Erziehern, konzentrierte sich vor allem die CDU aus Kostengründen darauf, die Standards im frühkindlichen Bereich möglichst schnell wieder aufzuweichen. Ein Drittel der Erzieherinnen und Erzieher sollten durch Sozialassistent/innen ersetzt werden, so Pläne aus dem Hause Voß, schließlich könnten damit ca. 20 Millionen Euro jährlich gespart werden. Dieses Vorhaben halten wir für grundfalsch. Eine hohe Qualität in unseren Kitas geht nun mal mit einer hohen Fachlich-

keit einher. Und uns ist sie das auch wert. Die Koalition hingegen hält lieber an dem unsinnigen und teuren Landeserziehungsgeld fest.

## *Chronischer Mangel an Lehrkräften*

Auch im Schulbereich wurde gleich zu Beginn der Legislatur deutlich, dass die CDU die Einführung der Gemeinschaftsschule und damit die Abkehr von der frühen Trennung nach der vierten Klasse nicht wirklich unterstützt. Die Gemeinschaftsschule wurde als neue Schulform zwar eingeführt, leider jedoch mit einer Reihe von handwerklichen Fehlern. Das Ergebnis ist dementsprechend mager. Im aktuellen Schuljahr sind von den 1019 Schulen im Freistaat gerade einmal 33 Gemeinschaftsschulen. Und das Ziel, 2.500 neue Lehrkräfte einzustellen, hielt der Realität kein ganzes Jahr stand. Die Folge ist ein kontinuierlich steigender Altersdurchschnitt. Auch der Unterrichtsausfall blieb konstant auf einem hohen Niveau. Immerhin wurde ein Personalentwicklungskonzept vorgestellt. Von einer Umsetzung ist aber auch hier nichts zu spüren. Eine umfassende Gesundheitsvorsorge für die Lehrkräfte steht weiterhin aus, ebenso wie der Vertretungspool für flexible Krankheitsvertretungen.

## *Bildungsvielfalt aufs Spiel gesetzt*

Dramatisch verschlechtert hat sich zudem die Situation der freien Schulen. Diese stehen finanziell de facto vor dem Aus. Das 2010 neugefasste Gesetz für Schulen in freier Trägerschaft ist vom Verfassungsgericht zwar dank unserer Normenkontrollklage im Mai 2014 für verfassungswidrig erklärt worden, denn die Finanzhilfe des Landes entspricht nicht den Grundsätzen der Existenzsicherung, Transparenz und Bedarfsorientierung. Nun gilt es jedoch, parlamentarische Mehrheiten für eine auskömmliche, transparente Finanzierung zu gewinnen.

Damit es in der Diskussion um Inklusion in der Bildung überhaupt voranging, musste die Landesregierung erst aufgefordert werden, ein Konzept vorzulegen, wie notwendige sächliche, räumliche und personelle Voraussetzungen überhaupt aussehen sollen. Nach langem Warten wurde der „Entwicklungsplan Inklusion“ vorgelegt, aber auch hier ist von einer Umsetzung leider wenig zu sehen. Hinzu kommt: Wichtige Entscheidungen wie über die Strukturen der Lehrer/innenbildung wurden zurückgestellt, an der

Aufgrund der Unterfinanzierung an Thüringens Hochschulen gab es in dieser Legislatur zahlreiche Studierendenproteste, hier vor dem Landtag in Erfurt (2013).



zersplitterten Schulgesetzgebung in Thüringen wurde weiterhin festgehalten und vermeintliche kostenintensive Maßnahmen wie der inklusive Schulumbau wurden gar nicht erst angepackt. Ganz zu schweigen davon, dass dringend benötigtes sonderpädagogisches Personal nicht eingestellt wird.

Auch im Erwachsenenbildungsbereich klaffen Anspruch und Wirklichkeit stark auseinander. Anstatt lebenslanges Lernen auszubauen, kürzte die Landesregierung bei den Zuschüssen. CDU und SPD verweigern den Menschen in Thüringen seit Jahren das Recht auf Bildungsurlaub. So haben sie es trotz Koalitionsvertrag – wie schon 1994 – bis heute nicht geschafft, für die Menschen in Thüringen das Recht auf Bildungsurlaub in ein Gesetz zu kleiden. Damit ist Thüringen eines der wenigen Bundesländer in Deutschland, die über keinen solchen Anspruch verfügen. Wir hatten dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt.

## Hochschulen brauchen Sicherheit

Und im Hochschulbereich? Hier erleben wir derzeit die Streichung von Studiengängen, zunehmenden Personalabbau, den Anstieg prekärer Beschäftigung und die zunehmende Raumknappheit an den Hochschulen. Von einer auskömmlichen Grundfinanzierung sind unsere Hochschulen meilenweit entfernt.

Summa summarum lässt sich feststellen: Die schwarz-rote Landesregierung ist ihren bildungspolitischen Aufgabenstellungen nicht im Geringsten nachgekommen. Wenn wir Bildung, Wissenschaft und Kultur in Thüringen in ihrer Vielfalt und Qualität dagegen wieder stärken wollen, braucht es eine andere Politik und ein Miteinander auf Augenhöhe. Dafür stehen wir.

## ... und was stand im Koalitionsvertrag?

*„Die Thüringer Gemeinschaftsschule soll durch gesetzliche Festschreibung als vollwertiges und gleichberechtigtes Angebot in der Thüringer Schullandschaft etabliert werden.“*



Die verbindliche und flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule wurde verpasst. Die Gemeinschaftsschule wurde zudem mit handwerklichen Fehlern als eine weitere Schulart neben vielen anderen eingeführt.

*„Die Koalition sorgt dafür, dass die freien Schulträger weiterhin angemessen gefördert werden.“*



Die freien Schulen stehen nach wenigen Jahren schwarz-roter Landesregierung finanziell vor dem Aus. Das 2010 neugefasste Gesetz für Schulen in freier Trägerschaft halten wir für verfassungswidrig und haben dieses mit Erfolg vor das Verfassungsgericht gebracht. Die Finanzhilfe des Landes entspricht nicht den Grundsätzen der Existenzsicherung, Transparenz und Bedarfsorientierung.

*„Die Koalition setzt sich im Zusammenhang mit einer Stärkung des Ehrenamtes dafür ein, die Bildungsfreistellung im Einvernehmen mit den Unternehmen und unter Berücksichtigung betrieblicher Erfordernisse gesetzlich zu regeln.“*



CDU und SPD haben es trotz jahrelanger Ankündigungen nicht vermocht, für die Menschen in Thüringen das Recht auf Bildungsurlaub zu schaffen. Damit ist Thüringen eines der wenigen Bundesländer in Deutschland, die über keinen solchen Anspruch verfügen. Unser Gesetzentwurf hätte dies geändert.

*„Die Koalitionspartner sind sich einig, dass bis 2015 ein Ersatzbedarf im Umfang von 2.500 Vollzeitbeschäftigten (VBE) besteht.“*



Von dieser vollmundigen Ankündigung ist die Landesregierung in der Realität leider weit entfernt. Schon jetzt ist klar, dass die 400 für 2014 beschlossenen Lehrerneueinstellungen bei weitem nicht ausreichen werden.

*Unsere Klage vor dem Thüringer Verfassungsgericht in Weimar hat gezeigt: Die Finanzierung freier Schulen ist nicht verfassungskonform und muss wie von unserer Fraktion gefordert nachgebessert werden.*

**Gleiche Chancen für freie Schulen!**

Weimarer Verfassungsgericht schickt Thüringer Landesregierung zurück auf die Schulbank...



# BAU, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR – EHRliche PRIORITÄTEN IN DER VERKEHRSPOLITIK? FEHLANZEIGE!



*Jennifer Schubert*

Stv. Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Bau, Landesentwicklung, Verkehr und Demografie sowie Petitionen

Nach langen Jahren als Verschiebebahnhof und Restekiste hofften viele, dass das Bau- und Verkehrsministerium mit dem unverbrauchten Christian Carius (CDU) eine Renaissance erlebt. Doch schnell war klar: Der Minister investiert zu viel seiner Kraft in innerparteiliche und innerministerielle Ränke und zu wenig in wichtige Reformen, sei es im Straßenbau oder bei der Landesplanung.

Allerdings: Die große Koalition lässt ihn gewähren. Ihr Interesse für die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) hält sich – vorsichtig ausgedrückt – in Grenzen. Dabei gibt das Verkehrsministerium jedes Jahr 300 Millionen Euro dafür aus. Die im Thüringer ÖPNV engagierten Unternehmen bleiben im Unklaren über ihre zukünftige Finanzierung. Darüber hinaus verbietet Minister Carius den Thüringer Gemeinden selbst zu entscheiden, ob sie in ihrem Wirtschaftswald Windkraft nutzen wollen und ob sie als Regelgeschwindigkeit Tempo 30 einführen. Auch dürfen kleine Gemeinden nicht entscheiden, ob sie an ihren Straßen die Einhaltung der Geschwindigkeit kontrollieren.

## *Verkehrspolitik ohne Plan*

Schlimmer noch sieht es beim Bau von Bundesstraßen aus, die vom Land in Aufgabenträgerschaft umgesetzt, aber vom Bund finanziert werden. Statt die Fachkompetenz im Ministerium zu nutzen, um zusammen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern Prioritäten zu setzen, meldet der Minister stur alle Wunschtrassen, die schon seit Jahrzehnten auf der Liste stehen, wieder nach Berlin und verkündet, dass die über 80 Projekte alle gleich wichtig seien. „Die da oben“ müssen halt nur mehr Geld locker machen. Zurück blei-

ben die Menschen vor Ort, die vergeblich auf Ortsumgehungen warten, weil stattdessen doch wieder heimlich Streckenbegradigungen im Namen der Verkehrsbeschleunigung vorangetrieben werden.

Auch bei den Landesstraßen gibt es keine ehrlichen Prioritäten. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Landesstraßenbedarfsplan wurde nicht erstellt. Ganz zu schweigen von einem Mobilitätsplan, der alle Verkehrsmittel berücksichtigt. Auf unsere Nachfrage wurde der komplizierte Erstellungsprozess als Grund genannt. Ein Armutszeugnis.

Die Landesentwicklung bleibt im Ungefähren. Der Flächenverbrauch wurde nicht gestoppt, die Verkehrsplanung genießt weiter Sonderrechte und der Biotopverbund bleibt vage.

Die Demografiestrategie beschränkt sich auf das Feststellen des Status quo und ein paar werbewirksame Veranstaltungen. Als Querschnittsaufgabe wurde sie nicht in die Regierungspolitik integriert.

## *Koalitionsfraktionen verweigern sich inhaltlicher Debatte*

Im Umgang mit der Opposition blieben Koalition und Regierung unsouverän. So verhinderten die Koalitionsfraktionen inhaltliche Diskussionen zur Verkehrsfinanzierung für Kommunen durch Winkelzüge und lehnten die meisten Anträge mit mehr als fadenscheinigen Gründen ab. Selbst bei einer Verweisung blieb eine im Plenum angekündigte inhaltliche Diskussion im Ausschuss meist aus. Man habe ja im Koalitionsausschuss schon

*Während unsinnige Verkehrsprojekte wie die Rhöntrasse weiter vorangetrieben werden, fehlt das Geld für dringend benötigte Ortsumgehungen.*



genug Arbeit mit dem Koalitionspartner, hieß es dann hinter vorgehaltener Hand.

Im Baubereich versagt die Koalition auf ganzer Linie. Eine Vorlage von der SPD zu einem Wärmegesetz wird von der CDU rigoros abgelehnt. Stattdessen unterzeichnet Minister Carius freiwillige Vereinbarungen zur Energieeinsparung mit Energieunternehmen und Wohnungseigentümer/innen.

### *Eigenständiges Ministerium verzichtbar*

Unser Fazit: Es wäre besser dieses Ministerium aufzulösen und damit viel Geld zu sparen. Die notwendigen Aufgaben können in anderen Ministerien besser erledigt werden. So wäre der Verkehr gut bei der Wirtschaft und der Bau gut im Finanzministerium aufgehoben. Die Landesentwicklung und Demografie passen dagegen gut in die Staatskanzlei oder das Innenministerium.

## ... und was stand im Koalitionsvertrag?

*„Das Land nutzt alle Möglichkeiten, um den Bau von Ortsumgehungen zu beschleunigen.“*



Bei der Planung und dem Ausbau der Infrastruktur herrschen weiter Konzeptlosigkeit und leere Versprechen. Wir haben den Verkehrsminister mehrfach zu ehrlichen Prioritätensetzungen aufgefordert. Auch gibt es keinen Landesstraßenbedarfsplan, geschweige denn wie von uns gefordert einen Landesmobilitätsplan.

*„In der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik gilt es, die Städte und ihr Umland sowie die Gemeinden auch bei sinkenden Einwohnerzahlen weiterhin attraktiv und lebenswert zu erhalten.“*



Die Thüringer Demografiestrategie und das Landesentwicklungsprogramm sind Stückwerk – sie werden nicht als Querschnittsaufgabe gedacht.

*„Ziel ist es, einen attraktiven, bedarfsgerechten und bezahlbaren ÖPNV sicherzustellen.“*



Noch immer gibt es kein landesweites Taktsystem und kein Landesbusnetz. Mit unserem Konzept eines ThüringenTakts haben wir Vorschläge hierfür geliefert.



*Links: Jetzt kommt ein Ballon! Rund 1,2 Tonnen CO<sub>2</sub> werden mit der Fertigstellung der A38 jährlich in die Luft geblasen. Wir weisen Verkehrsminister Carius (CDU) im Plenarsaal darauf hin, dass der umweltverträgliche Bahnverkehr zeitgleich vernachlässigt wird.*



*Rechts: Jennifer Schubert (Mitte) diskutiert bei MDR „FAKT ist“ über die Zukunft des Flughafens Erfurt-Weimar.*

# HAUSHALT UND FINANZEN –

## STRUKTURREFORMEN LASSEN AUF SICH WARTEN



**Carsten Meyer**

Sprecher für Haushalt, Finanzen, Medien, Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten

Es fällt nicht schwer, bei der Lektüre der Koalitionsvereinbarung der Regierungsfractionen Vorhaben zu finden, die nicht umgesetzt wurden. Hier werden aber nur einige aufgezählt werden, die sich für die Zukunft Thüringens und nachfolgender Generationen als besonders gravierend darstellen. Dringend notwendige Maßnahmen warten weiter auf der langen Bank und dadurch sind strukturelle Veränderungen im Haushalt immer noch nicht zu erkennen.

### Das bisschen Haushalt?

Strukturelle Veränderungen im Haushalt gab es in den vergangenen fünf Jahren nicht. Nach der Finanzkrise 2008/2009 profitiert der Haushalt jetzt allein von den sprudelnden Steuereinnahmen aus der wirtschaftlichen Erholung und der krisenbedingten Niedrigzinsphase. Das ist zwar positiv, aber kein Grund zum Feiern. Sollte es zu einem konjunkturellen Einbruch kommen oder die Zinsen auf durchschnittliche Werte steigen, sind die daraus folgenden Einnahmerückgänge nicht ohne neue Schulden zu kompensieren. Der Haushalt konnte zwar in den letzten Jahren ohne neue Schulden abgeschlossen werden, aber wer genauer hinschaut, sieht, dass die Ursache dafür in erster Linie steigende Steuereinnahmen und das niedrige Zinsniveau sind. Das zu Beginn der Legislaturperiode bestehende strukturelle Defizit wurde nicht beseitigt. Veränderungen bei diesen wesentlichen Posten führen aufgrund der Untätigkeit der Landesregierung zwangsläufig zu steigender Verschuldung.

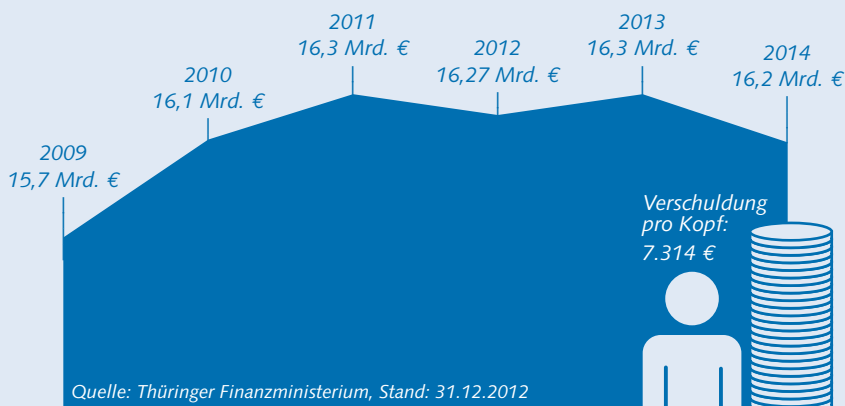
Das Ziel, bis zum Jahr 2020 das Verhältnis von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Bevölkerung an das der Flächenländer West anzupassen, wurde verfehlt. Die Landesregierung hat zwar ein Personalabbaukonzept beschlossen, das

bis 2020 einen Stellenabbau von ca. 7.400 Stellen vorsieht. Damit kann weder eine Anpassung an die anderen Flächenländer erreicht werden noch können die Personalkosten auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden. Ein ministeriumsübergreifendes Personalentwicklungskonzept, das die Erfüllung der Aufgaben auch bei Personalabbau sicherstellt, gibt es nach wie vor nicht.

Nach zähem Ringen wurde zudem eine Expertenkommission eingesetzt, die Vorschläge für eine Verwaltungs- und Funktionalreform erarbeiten sollte. Aus einer Vielzahl von Vorschlägen für Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen wurde lediglich eine angegangen, nämlich die Zusammenlegung von Vermessungs-, Liegenschafts- und Straßenbauverwaltung. Weitere wichtige Maßnahmen sind weder umgesetzt noch beschlossen.

Die Aufgabe, „gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden Aufgaben, Strukturen und Standards einer Aufgabenkritik zu unterziehen, um Einsparpotentiale zu erschließen“, wurde in keiner Weise erfüllt. Eine umfassende Aufgabenkritik, die auch Voraussetzung für den geplanten Personalabbau ist, scheiterte am Egoismus der Beteiligten und der mangelnden Durchsetzungskraft der Ministerpräsidentin.

Der Thüringer Schuldenberg 2009–2014



Quelle: Thüringer Finanzministerium, Stand: 31.12.2012



## ... und was stand im Koalitionsvertrag?

*„CDU und SPD sind sich einig, dass an dem gemeinsamen Ziel solider Landeshaushalte insbesondere mit Blick auf bereits feststehende Abschmelzungen der von außen zufließenden Finanzmittel festgehalten wird.“*



Nach einem Schuldenstart hat Schwarz-Rot dank guter Konjunktur und niedriger Zinsausgaben auf eine weitere Neuverschuldung verzichtet. Die strukturellen Defizite wurden jedoch nicht angefasst.

*„Alle Ausgaben sind im Hinblick auf ihre Wirksamkeit zu evaluieren.“*



Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Dennoch haben sich CDU und SPD nicht daran gehalten. Beispiele reichen von den verpflichtenden Kindervorsorgeuntersuchungen über das Landeserziehungsgeld bis hin zu Infrastrukturprojekten.

*„CDU und SPD werden die Mandate und Vorsitze in Aufsichtsräten in Landesgesellschaften und Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist, grundsätzlich paritätisch besetzen.“*



CDU und SPD haben die Posten wie zu erwarten unter sich aufgeteilt. Übrigens fast ausschließlich durch Männer.

*Ob bei einer Protestaktion gegen die Bewirtschaftungsreserve oder der finanziellen Unterstützung für das Applikationszentrum Ilmenau: Wir haben dem Finanzminister genau auf die Finger geschaut und gezeigt, dass wir das Haushaltsrecht als „Königsrecht“ des Parlaments ernst nehmen.*

